



# HESSISCHER LANDTAG

05. 04. 2011

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern neu regeln - das Kindeswohl stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass durch die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (22028/04 vom 3. Dezember 2009) und des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 420/09 vom 21. Juli 2010) eine Neuregelung des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern erforderlich ist.
2. Der Landtag ist der Auffassung, dass es für das Kindeswohl das Beste ist, wenn beide Elternteile, ob sie zusammenleben oder nicht, die Personen- und Vermögenssorge im gegenseitigen Einvernehmen ausüben.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Neuregelung einzusetzen, die
  - das gemeinsame Sorgerecht beider Eltern gesetzlich begründet,
  - ein Widerspruchsrecht der Mutter vorsieht; bei einer Ausübung des Widerspruchsrechts soll das Familiengericht eine Entscheidung treffen, die dem Kindeswohl entspricht, und
  - auch ledige Väter berücksichtigt, deren Kinder vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften geboren wurden.

### **Begründung:**

In Deutschland hat nach derzeitiger Rechtslage eine ledige Mutter zunächst das alleinige Sorgerecht für ihr Kind. Durch eine übereinstimmende Erklärung der nicht miteinander verheirateten Eltern kann ein gemeinsames Sorgerecht begründet werden. Konnte zwischen den Eltern kein Einvernehmen erzielt werden, hat bisher der ledige Vater keine Möglichkeit, seinen Ausschluss vom Sorgerecht gerichtlich überprüfen zu lassen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat jedoch in der Entscheidung 22028/04 am 3. Dezember 2009 geurteilt, dass es für diese Regelung (§ 1626a BGB) keine objektive und angemessene Rechtfertigung gibt und sie auch nicht durch das Kindeswohl gerechtfertigt ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss 1 BvR 420/09 am 21. Juli 2010 festgestellt, dass Art. 6 Abs. 2 GG und Gründe des Kindeswohles die Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfbarkeit des Sorgerechts erfordern.

Das Bundesjustizministerium will nun die Rechte lediger Väter in Deutschland stärken. Wir unterstützen dies nachdrücklich. Vor allem halten wir eine Regelung für wünschenswert, die grundsätzlich von einem gemeinsamen Sorgerecht beider Eltern ausgeht. Eine Lösung sollte einfach, unbürokratisch und geeignet sein, den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts zu genügen.

Im Einzelfall kann die gemeinsame Sorge nicht dem Wohl des Kindes dienen, etwa wenn der Vater zur Ausübung des Sorgerechts nicht in der Lage ist oder daran keinerlei Interesse hat oder wenn die Beziehung der Eltern mit schweren Konflikten belastet ist und ständiger Streit über die Ausübung eines gemeinsamen Sorgerechts droht. In solchen Fällen sollte der Mutter ein Widerspruchsrecht eingeräumt werden. Ihre Einwände müssten dann gerichtlich überprüft werden. Grundlage für eine Entscheidung muss stets das Kindeswohl sein.

Eine Neuregelung muss selbstverständlich auch für diejenigen Kinder gelten, die vor Inkrafttreten geboren sind. Auch deren Väter sollen die Möglichkeit haben, ein ihnen zustehendes Sorgerecht erlangen zu können, wenn das Kindeswohl nicht entgegensteht.

Wiesbaden, 5. April 2011

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Für die Fraktion der FDP  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Blum**